

008

Januar 2011

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE



Junge Politik

Neue Töne: Plädoyer für Mindestlöhne

Ab dem 1. Mai gilt die Dienstleistungsfreiheit auch in den osteuropäischen EU-Ländern, die der Union 2004 beigetreten sind. Damit könnten beispielsweise baltische Unternehmen Aufträge in Deutschland zu baltischen Löhnen ausführen. Vor diesem Hintergrund sind zurzeit vermehrt Forderungen nach der Einführung eines allgemeinen Mindestlohns in Deutschland zu vernehmen – auch aus ungewöhnlichen Ecken. Neben konservativen Politikern, die jüngst Mindestlöhne für Leiharbeiter gefordert hatten, hat sich auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesagentur für Arbeit für eine baldige Einführung von allgemeinen Mindestlöhnen ausgesprochen. Das Ende der Übergangsfristen können andernfalls eine "Abwärtsspirale" auslösen, die "immense gesellschaftliche Schäden" nach sich ziehen würde, warnte IAB-Direktor Joachim Möller. "Die Dienstleistungsfreiheit kann durchaus zu schweren Verwerfungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen" von denen Geringqualifizierte ein weiteres Mal besonders betroffen wären, hieß es weiter.

→ [Weiter...](#)

Neue Studie: Mangelnde Gerechtigkeit in Deutschland

Die Bertelsmann-Stiftung ist in der Vergangenheit nicht gerade durch Kritik an sozialen Mißständen aufgefallen, daher lassen die Ergebnisse einer neuen Studie aus Gütersloh aufhorchen. Ein weiteres Mal wird dort nachgewiesen, dass in Deutschland in Sachen sozialer Gerechtigkeit einiges aus dem Ruder gelaufen ist. Die Untersuchung verglich

ausgewählte Indikatoren in 31 OECD-Staaten – und kam zu einem ernüchternden, wenngleich wenig überraschenden Ergebnis: Besonders in den Bereichen "Bildungszugang", "Armutsvermeidung", "Arbeitsmarktinklusioin", "Soziale Gleichheit" und Generationengerechtigkeit bestünden erhebliche Defizite. So sei die Bundesrepublik etwa das Land, in dem die Einkommensunterschiede in den letzten 20 Jahren mehr zugenommen hätten als in jedem anderen Land der Studie. Soziale Gerechtigkeit sei aber eine "zentrale Kategorie für die Legitimität und Stabilität eines jeden politischen Gemeinwesens", so die Autoren. Besonders schlecht sehe es hierzulande bei der Vermeidung von Kinderarmut, beim Zugang zu Bildung und bei den Perspektiven für Geringqualifizierte aus. → [Weiter...](#)

Neue Zahlen: Industrie-Schwund in Deutschland

Die "Zahl der Erwerbstätigen erreicht 2010 neuen Höchststand" jubelte das Statistische Bundesamt in der ersten Presseerklärung des neuen Jahres. Erst auf den zweiten Blick zeigt sich, dass durchaus nicht alles Gold ist, was so glänzend daherkam. Denn die gefeierte wirtschaftliche Erholung verstärkt offenbar nur seit längerem bekannte Trends: Reguläre Beschäftigung wird demnach immer weiter zurückgedrängt – während unsichere Jobs mit schlechten Löhnen weiter auf dem Vormarsch sind. Rund fünf Millionen Menschen arbeiten in einem 400-Euro-Job, mehr als 2,2 Millionen verdienen sich mit einem Mini-Job etwas dazu. Auch die Leiharbeit ist mit aktuell 900.000 Beschäftigten weiter auf dem Vormarsch. Und es zeigt sich, dass die Krise doch nicht so spurlos an der Wirtschaft vorüberging, wie allgemein angenommen: Der Anteil des produzierenden Gewerbes ist auf einem historischen Tiefstand von 18,9 Prozent gefallen – während über 75 Prozent der Menschen in Dienstleistungsbereichen arbeiten. → [Weiter...](#)

008

Info-Teaser für Aktive



Jugend leistet Widerstand:

Arabische Despoten zittern um ihre Macht

Der Umbruch in Tunesien steht in einer seit Monaten andauernden Kette von Revolten im arabischen Raum, die hierzulande kaum beachtet wurden – und die maßgeblich von der Jungen Generation getragen werden. Genau wie Tunesien sind auch Algerien, Libyen, Ägypten und Jordanien von dramatischer Jugendarbeitslosigkeit und steigenden Lebenshaltungskosten betroffen, genau wie in Tunesien sind vor allem junge Menschen die Unterdrückung durch autoritäre Herrscherclans leid, die mit brutaler Gewalt jede Opposition unterdrücken und meist unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung von Europa unterstützt werden. Nach Einschätzung von Beobachtern steht jedoch keine Umsturzelle in der arabischen Welt bevor. Trotz vergleichbarer Umstände hätten insbesondere die Diktatoren in Syrien, Jordanien und Libyen die Lage mittels ihrer Sicherheitskräfte weitgehend unter Kontrolle. Nervosität scheint sich dennoch breit zu machen, anders sind die millionenschweren Sozialprogramme nicht zu erklären, die in allen genannten Staaten aufgelegt wurden. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Nazis raus I:

Praktikum bei NPD nicht anerkannt

Die Uni Potsdam will das Praktikum eines Studenten, der im Nebenberuf aktiver Neonazi ist, nicht anerkennen. Grund: Dieses ist in der NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick absolviert worden, daher sei nicht erkennbar, dass Kenntnisse erworben wurden, die zu einem "verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen, den natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaat befähigen." Bei dem Studenten handelt es sich um Ronny Zasowk, 24, stellvertretender Vorsitzender der NPD in Brandenburg, der laut Verfassungsschutz "offen mit rechtsextremistischen Gewalttättern und Neonationalsozialisten zusammen arbeitet." Solange sein Praktikum nicht anerkannt wird, bleibt Zasowk der Abschluss im Fach Politik verwehrt, dagegen hat der stramme Student nun Klage eingereicht. Wir berichten über den weiteren Verlauf... → [Weiter...](#)

Nazis raus II:

Dresden stellt sich quer

Nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr, in dem es den Demonstranten durch eine Massenblockade gelungen war, den Neonazi-Aufmarsch zum Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden zu verhindern, plant das Aktionsbündnis mit dem Namen "Dresden nazifrei", an dem neben zahlreichen

anderen Gruppen auch die IG Metall Jugend beteiligt ist, auch in diesem Jahr, die Veranstaltung durch massenhafte Beteiligung zu verhindern. Dabei geht es sowohl um den Jahrestag der alliierten Angriffe am 19. Februar als auch um den 13. Februar, an dem der braune Mob zu einem "Fackelmarsch" aufgerufen hat. Wer nicht persönlich nach Dresden reisen kann, hat die Möglichkeit, das Aktionsbündnis auch im Internet zu unterstützen. → [Weiter...](#)

Nach Sarrazin:

Anschläge auf Muslime nehmen zu

Einem Bericht der ARD zufolge hat sich seit dem Erscheinen von Thilo Sarrazins Buch "Deutschland schafft sich ab" und der folgenden Integrationsdiskussion das gesellschaftliche Klima für Muslime dramatisch verschlechtert. So gab es allein in den letzten zwei Monaten sieben Anschläge auf Moscheen in Berlin. Das Buch schüre bewusst fremdenfeindliche Ressentiments und zeichne ein falsches Bild der in Deutschland lebenden Muslims, die Debatte habe zu einer massiven Entfremdung zwischen der so genannten Mehrheitsgesellschaft und den Migranten geführt, so der Bericht. Sarrazin selbst legte unterdessen in der BBC noch einen drauf: Frauen mit Kopftuch seien selbst schuld, wenn sie in Deutschland offen angefeindet würden. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Internet-Ausdrucker:

Ilse Aigner will digitales Verfallsdatum

Wer Lebensmittel zu lange in der Ecke liegen lässt, der weiss, was ihm blüht: Sie werden schlecht, beginnen zu stinken und sehen entsprechend aus. Die meisten Menschen wissen, dass dies mit Bildern grundsätzlich anders ist, zumal mit solchen in digitaler Form. Immer mehr Internetnutzer sehen genau darin ein Problem, denn das Internet vergißt nicht, Texte und Bilder sind auch viele Jahre nach ihrer Veröffentlichung noch auffindbar. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner hat nun, in der Tradition ihrer Kollegen, einen Vorschlag gemacht, der von mangelnder digitaler Kompetenz zeugt und von Experten daher rundweg abgelehnt wird. Ein kostenpflichtiges Programm solle Nutzern den Zugriff auf Inhalte im Internet für eine bestimmte Zeit ermöglichen, danach werde dieser automatisch abgeschaltet. Laut Experten nur ein neuer Aufguss einer alten Idee, die ein weiteres Mal von der Überforderung der Politik im Umgang mit dem Internet zeugt. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Nach Stuttgart 21:

Regierung will Beteiligung einschränken

Während viele Politiker nach außen so tun, als wollten sie der verbreiteten Forderung der Menschen nach mehr ech-

008

Info-Teaser für Aktive



ter Beteiligung nachkommen, plant die Bundesregierung hintenrum offenbar das genaue Gegenteil: Großprojekte sollen nach Planungen des Innenministeriums künftig schneller durchgezogen werden können – mit der ausdrücklichen Möglichkeit, "von einem öffentlichen Erörterungstermin absehen zu können". Gerade Großprojekte seien wegen der hohen Zahl an "Einwendern" andernfalls nicht mehr handhabbar, hieß es. Geradezu gnädig erscheint da das Versprechen, den Verzicht "nicht zum Regelfall machen zu wollen. → Weiter...

Junges Leben

Fernsehfilm: "Aufstand der Jungen"

Dass die Lage der Jungen Generation alles anders als rosig ist, ist nicht neu – ebensowenig wie die sozialpolitischen Folgen massenhafter prekärer Arbeit und zunehmender Ausgrenzung großer gesellschaftlicher Gruppen. Doch die jüngst im ZDF ausgestrahlte "Doku-Fiction" mit dem Titel "Aufstand der Jungen" übertrieb es dann hoffentlich doch: Die um das Jahr 2000 geborenen "Millennium-Kinder" leben darin mehrheitlich im Untergrund, die Mittelklasse ist völlig verschwunden, ein großer Teil von Berlin zu einem Endzeit-Ghetto geworden, in dem der Staat nur noch durch den gelegentlichen Besuch schwer bewaffneter Polizeieinheiten vertreten ist. Das ZDF will laut Pressemitteilung vor allem den demografischen Wandel in den Fokus rücken, beschäftigt sich aber wie unfreiwillig auch mit den möglichen Folgen der derzeitigen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Produktion ist der Nachfolger einer Mini-Serie mit dem Titel "Aufstand der Alten", die 2007 die – weniger wahrscheinliche – Rebellion der Alten im Jahr 2030 in 3 Folgen exemplarisch durchspielte. → Weiter...

Politik-Simulation: Hoffnungsträger oder Diktatoren

Die Auswahl ist riesig: 170 Länder stehen dem zur Auswahl, der sich im Online-Spiel "Rulers of Nations" als virtueller Staatschef versuchen will. Mit einer Unmenge Möglichkeiten lassen sich die Geschicke eines Staates lenken, von Steuerpolitik über Gehälter im öffentlichen Dienst bis zu grundlegenden Rechten wie Presse- und Meinungsfreiheit. Dabei wird die Komplexität moderner Gesellschaften durchaus sichtbar, denn der Spieler ist von der Vielzahl der zu treffenden Entscheidungen schnell überfordert. Zugleich zeigt sich, wie Regierungen immer wieder verführt werden, ihre Macht zu missbrauchen, durch den Einfluss mächtiger wirtschaftlicher Akteure oder durch schlichtes Interesse am Machterhalt. Zu Beginn wird der Spieler aufgefordert, seinen Charakter als Machthaber in einem Mini-Spiel zu testen – und kann als Militärmachthaber ebenso wie als Umweltschützer enden. → Weiter...

Sächsischer Kunst-Skandal: Ärger um "Pinkelnde Petra"

Wütende Empörung hat das Werk eines Leipziger Kunststudenten unter Politikern konservativer Prägung ausgelöst. Eine "Beleidigung für Polizistinnen" sei die Skulptur, die eine Polizistin in voller Kampfmontur in eindeutig hockender Pose zeigt, so der sächsische Innenminister Markus Ulbig und zahlreiche andere Unionspolitiker. Auslöser war die Verleihung eines Nachwuchspreises an den Kunststudenten Marcel Walldorf. Dieser ist von der Aufregung um sein Werk völlig überrumpelt, zumal er weder Kritik am Staat noch an der Polizei habe äußern wollen. Auch bei der Polizei stieß die "Pinkelnde Petra" auf eindeutig ablehnende Resonanz, Walldorf erhielt E-Mails mit Drohungen und konnte in Internet-Foren verfolgen, wie Polizisten sich verabredeten, ihn künftig besonders häufig zu kontrollieren. → Weiter...

Neues Buch: "Empört Euch!"

Nachdem erst vor wenigen Monaten das Buch "Der kommende Aufstand" in Frankreich zum aktiven Widerstand gegen Politik und Wirtschaft aufrief, ist nun ein weiteres Werk erschienen, das die Franzosen auffordert, politisch aktiv zu werden. "Empört euch" heißt ein dünnes Heft des legendären ehemaligen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel, Mitverfasser der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und früherer französischer Spitzendiplomat. Ähnlich wie die Autoren des "kommenden Aufstands" beschränkt sich Hessel, 93, nicht darauf, einige ausgewählte Problemlagen zu kritisieren, von der Ungerechtigkeit im eigenen Land über die weltweite Unterdrückung anderer Menschen bis zur Zerstörung der Umwelt lässt er nichts aus. Auszüge des Textes sind in der "FAZ" erschienen. → Weiter...

Am Ende

Die Aussetzung der Wehrpflicht und ihre dramatischen Folgen

Das hat sich Karl Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg (so der volle Name) schön ausgedacht: Die deutsche Pflicht zum Dienst an Volk und Vaterland ersatzlos abschaffen. Das kann im Land von Kaiser Wilhelm und Wehrmacht nicht gelingen – und daher gibt es auch schon zeitgemäßen Ersatz: Ab 2013 werden alle Erwachsenen zum allgemeinen Gebührendienst herangezogen, inklusive vorheriger Tauglichkeitsprüfung. Auch für den Fuhrpark der Feldjäger ist bereits weitere Verwendung gefunden: Sie werden künftig als "Geldjäger" eingesetzt.

→ Antreten!